

Handlungsbedarf zum Jahreswechsel



07.12.2010

LLOYD
Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG

LLOYD
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. Wichtige Änderungen und Neuerungen
 - 2.1 Unternehmer
 - 2.2 GmbH-Gesellschafter
 - 2.3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 - 2.4 Haus- und Grundbesitzer
 - 2.5 Kapitalanleger
 - 2.6 Alle Steuerzahler
3. Sonstige Neuerungen
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. Ausblick

07.12.2010

Überblick über die „Gesetzespakete“

Änderungen durch bereits beschlossene Gesetze

- Wachstumsbeschleunigungsgesetz
- Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben sowie weiterer steuerrechtlicher Regelungen
- Fünftes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes
- Erstes Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
- Jahressteuergesetz 2010

Geplante Änderungen

- Haushaltsbegleitgesetz 2011
- Finanztransaktionssteuer

Weitere Änderungen durch

- BMF-Schreiben
- Entscheidungen des BFH, BVerG und EuGH

07.12.2010

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. **Wichtige Änderungen und Neuerungen**
 - 2.1 **Unternehmer**
 - 2.2 GmbH-Gesellschafter
 - 2.3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 - 2.4 Haus- und Grundbesitzer
 - 2.5 Kapitalanleger
 - 2.6 Alle Steuerzahler
3. Sonstige Neuerungen
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. Ausblick

07.12.2010

Poolbewertung für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

Kaufpreis	Anschaffung 2009	Anschaffung 2010
Bis 150 €	Zwingend sofortige AfA in voller Höhe	Sofortige AfA in voller Höhe oder AfA über die Nutzungsdauer des Wirtschaftsgutes (WG)
150,01 bis 410,00 €	Zwingende Einstellung in den Sammelposten , AfA über fünf Jahre	Sofortige AfA in voller Höhe oder Einstellung in den Sammelposten oder AfA über die Nutzungsdauer des WG
410,01 bis 1.000,00 €	Zwingende Einstellung in den Sammelposten, AfA über fünf Jahre	Einstellung aller WG in den Sammelposten; ist ein WG bis 410,00 € sofort abgeschrieben worden, darf kein Sammelposten gebildet werden. Alternativ lineare oder degressive AfA über die Nutzungsdauer des WG

07.12.2010

Keine degressive AfA ab 2011/ AfA-BMG nach Einlage

- Ø Anschaffung bis 31.12.2010 = 25% AfA
- Ø Maximal 2,5fache lineare AfA
- Ø Wegfall degressive AfA für Anschaffungen ab dem 01.01.2011
- Ø Relevant insbesondere für Wirtschaftsgüter mit einem Kaufpreis > 1.000,00 €
- Ø Prüfung vorzeitige Investition in 2010 statt 2011
- Ø AfA-BMG bei Einlage: AK/HK , wenn höher als Teilwert

07.12.2010

Investitionsabzugsbetrag

- Steuermindernder Abzug von 40 v.H. der voraussichtlichen AK/HK
- Voraussetzungen
 - Mindestens 90 v.H. betriebliche Nutzung
 - Betriebsvermögen < 335.000,00 € (Betriebsvermögen) bzw. 200.000,00 € (Einnahme/Überschussrechnung)
 - Ab 01.01.2011 Betriebsvermögen < 235.000,00 (Betriebsvermögen) bzw. 100.000,00 € (Einnahme- Ausgabe/Überschussrechnung)
- Auflösungsverpflichtung für 2007 gebildete Abzugsbeträge plus Verzinsung ; hier besteht akuter Handlungsbedarf
- Sonder-AfA von 20 v.H. nicht vergessen

07.12.2010

Elektronische Bilanz

- Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung von Bilanz und GuV an das Finanzamt
- Fehlerhafter Entwurf eines BMF-Schreibens?
- Erstmalige Anwendung
 - Ursprünglich vorgesehen für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2010 beginnen
 - Jetzt verschoben auf Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2011 beginnen

07.12.2010

Bilanzberichtigung

- Steuerbilanz ist Ausgangspunkt für Ermittlung steuerpflichtiger Gewinne
- Anwendung des subjektiven Fehlerbegriffs auch auf ungeklärte Rechtsfragen
 - Änderung durch den Bundesfinanzhof (BFH)
 - Vorlage an den Großen Senat
- Erleichterte Korrekturmöglichkeit der Bilanz?

Etwaige Offenhaltung der Bescheide ist angezeigt!

07.12.2010

Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)

- Ausübung steuerlicher Wahlrechte
 - Grundsätze
 - Abschaffung des Grundsatzes der umgekehrten Maßgeblichkeit
 - Häufigere Abweichung zwischen Handels- und Steuerbilanz
 - Aufstellung von zwei Bilanzen
 - Wichtig: Beachtung der Dokumentationspflicht!
- Konsequenz bei Missachtung:
 - Ansatz ohne Ausübung des Wahlrechts!

Wechsel der Steuerschuldnerschaft

- Reverse-Charge-Verfahren
 - Neuer Steuerentstehungszeitpunkt bei innergemeinschaftlichen Dienstleistungen
 - Mit Ablauf des VAZ der Leistungserbringungen
Beispiel: Ein Frachtführer aus Polen hat für einen in Köln ansässigen Unternehmer am 29.07.2010 eine Güterbeförderung von Polen nach Köln ausgeführt.
Lösung: Ort der Leistung (§ 3a Abs. 2) = Deutschland
Steuerschuldner (§ 13b Abs. 1 und 5 UStG) = Leistungsempfänger
- Änderungen bei Dauerleistungen beachten

07.12.2010

Ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Beherbergungsleistungen

- Reduzierung der Umsatzsteuer von 19 auf 7 v.H.
- Reduzierter Satz gilt nicht für unmittelbar mit der Zimmerüberlassung verbundene Nebenleistungen
- Aufteilung der Rechnung zwingend zwecks Geltendmachung des Vorsteuerabzugs
- Rechtsauffassung der Finanzverwaltung fraglich

Hotellrechnungen sind genau zu prüfen!

- Einführung der Bettensteuer von 3 – 5 % pro Übernachtung in Bremen

07.12.2010

Ermäßigter Umsatzsteuersatz bei Speisen zum Mitnehmen

- Bisher: Differenzierung in Speisen zum Mitnehmen (7 v.H.) und Verzehr an Ort und Stelle (19 v.H.)
- Evtl. neu: Keine Differenzierung ! Zubereitete Speisen sollen stets der vollen Umsatzsteuer unterliegen
- Vorlage des Bundesfinanzhofes an den Europäischen Gerichtshofes
- Hinweis der Finanzverwaltung, an der Differenzierung festzuhalten
- **Vorsicht ist dennoch geboten!**

07.12.2010

Erweiterte Korrektur von fehlerhaften Rechnungen

- Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 15.07.2010
- Rückwirkende Anerkennung des Vorsteuerabzugs bei Rechnungskorrektur
- Widerspruch zur bisherigen Vorgehensweise der Finanzverwaltung
- Reaktion der Finanzverwaltung bleibt abzuwarten

Urteil ist als Argument gegen eine Festsetzung einer Zinsforderung einzusetzen!

07.12.2010

Umsatzsteuer-Jahreserklärung ab 2011

- Ab 2011 nur noch elektronische Abgabe zulässig
- 2010 noch Wahlrecht
- Ausnahmen nur bei unbilligen Härten



07.12.2010

LLOYD
Steuerberatungsgesellschaft GmbH & Co. KG

LLOYD
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. **Wichtige Änderungen und Neuerungen**
 - 2.1 Unternehmer
 - 2.2 **GmbH-Gesellschafter**
 - 2.3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 - 2.4 Haus- und Grundbesitzer
 - 2.5 Kapitalanleger
 - 2.6 Alle Steuerzahler
3. Sonstige Neuerungen
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. Ausblick

07.12.2010

Erhalt des Verlustverrechnungsvolumens (§ 8c KStG)

- Anteiliger bzw. kompletter Entfall von Verlustvorträgen bei Anteilsübertragungen von > 25 v.H.
- Erleichterung der Anteilsübertragung durch sogenannte Sanierungsklausel
- Zweifel der Europäischen Kommission an der Vereinbarkeit der Klausel mit EU-Recht
 - Einleitung Vertragsverletzungsverfahren
- Sanierungsklausel vorläufig ausgesetzt

07.12.2010

Halb- bzw. Teileinkünfteverfahren

- Einschränkung des Halbabzugsverbots
 - Bis Ende 2008 galt das Halb-, seit 2009 das Teileinkünfteverfahren (50 v.H. bzw. 60 v.H. steuerpflichtig) bei Veräußerung von Anteilen von 1v.H. und mehr v.H.
 - Korrespondierende Behandlung der Kosten/Verluste
 - BFH weicht hiervon ab bei Beteiligungen ohne Einkünfte
 - Rücknahme Nichtanwendungserlass
 - Gesetzliche Änderung durch JStG 2010 zum 01.01.2011

Verkauf/Liquidation bis Ende 2010 in Betracht ziehen!

07.12.2010

Organschaft

- Ausgestaltung der Verlustübernahmeklausel
 - Organschaft bedarf eines Ergebnisabführungsvertrags (EAV)
 - Verpflichtung zur Verlustübernahme zwingend
 - Wirksamkeit: sehr formalistische Ansicht der Finanzverwaltung
 - BFH „entschärft“ Ansicht der Finanzverwaltung

Prüfung des EAV auf Wirksamkeit ist angezeigt!

07.12.2010

Veräußerung von Beteiligungen

Nachträglicher Schuldzinsenabzug?

- Bisher: Kein nachträglicher Schuldzinsenabzug
- Neu: Behandlung als nachträgliche Betriebsausgaben oder Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen (soweit Verkaufserlös nicht ausreichend zur Deckung der Fremdfinanzierung)

= unmittelbare Anwendung für die Zeiträume 1999-2008

Problem ab 2009: Abgeltungsteuer! Eventuell Optierung als Lösung

07.12.2010

Private Firmenwagennutzung

Arbeitslohn oder verdeckte Gewinnausschüttung (vGA)

- Vertragswidrige Nutzung eines PKW = verdeckte Gewinnausschüttung oder Arbeitslohn?
- BFH: Keine zwingende Annahme einer vGA
- Erste Prüfungsstufe: Nachweis der Privatnutzung
- Zweite Prüfungsstufe: ist der Vorteil dem Arbeits- oder dem Gesellschaftsverhältnis zuzuordnen

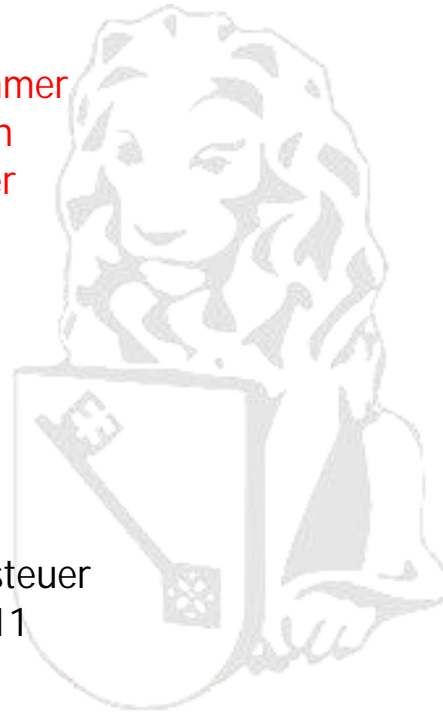
Finanzverwaltung bisher: Stets Annahme einer vGA

Finanzverwaltung neu: ?

07.12.2010

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. **Wichtige Änderungen und Neuerungen**
 - 2.1 Unternehmer
 - 2.2 GmbH-Gesellschafter
 - 2.3 **Arbeitgeber und Arbeitnehmer**
 - 2.3.1 **Gemische Aufwendungen**
 - 2.3.2 **Häusliches Arbeitszimmer**
 - 2.3.3 **Private Pkw-Nutzung**
 - 2.3.4 **Abfindung**
 - 2.3.5 **Lohnsteuer**
 - 2.4 Haus- und Grundbesitzer
 - 2.5 Kapitalanleger
 - 2.6 Alle Steuerzahler
3. **Sonstige Neuerungen**
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. **Ausblick**



07.12.2010

LLOYD
GmbH & Co. KG
Steuerberatungsgesellschaft

LLOYD
G
M
B
H
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gemischte Aufwendungen

- Änderung der Rechtsprechung: Aufteilung in beruflich und privat veranlasste Aufwendungen grundsätzlich zulässig
- Voraussetzung: Beruflich veranlasste Kosten stehen fest und sind nicht von untergeordneter Bedeutung
- Finanzverwaltung erkennt Rechtsprechung an (10 %-Regelung)

Private und berufliche Termine miteinander zu verbinden gewinnt an Charme!

07.12.2010

Häusliches Arbeitszimmer

- Bisherige gesetzliche Regelung verfassungswidrig, soweit für die Ausübung der Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht
 - Hauptanwendungsfall: Lehrer, Journalisten, Außendienstmitarbeiter, Außenprüfer, Wirtschaftsprüfer)
- Rückwirkende Korrektur zum 01.01.2007
- 1. Variante: Antrag auf vorläufige Berücksichtigung von 1.250,00 Euro
- 2. Variante: Anhängige Einspruchsverfahren ruhen weiterhin. Erlass eines vorläufigen Abhilfebescheids möglich

Keine Änderungsmöglichkeit bei bestandskräftigen Bescheiden

07.12.2010

Private Pkw-Nutzung

- „Anscheinsbeweis“ BFH vs. Finanzverwaltung
- Fahrzeug- und nicht personenbezogene 1%-Regelung

Beispiel:

Im Betriebsvermögen eines Einzelunternehmers befinden sich zwei Fahrzeuge:

BMW Z1 (Bruttolistenpreis: 44.000,00 Euro)

Mercedes-Kombi E-Klasse (Bruttolistenpreis: 55.000,00 Euro)

Keine Führung eines Fahrtenbuchs, Nutzung zu betrieblichen Zwecken < 50 v.H.

07.12.2010

Private Pkw-Nutzung

- Lösung:
Dem Unternehmer werden nach der BFH-Rechtsprechung insgesamt 990,00 Euro im Rahmen der 1%-Regelung zugerechnet und nicht wie bisher der höhere der beiden Beträge.

**Dringende Empfehlung:
Führen Sie ein Fahrtenbuch!**

07.12.2010

Private Pkw-Nutzung (Fortsetzung)

- BFH: Ansatz „Fahrten Wohnung/Arbeitsstätte“ mit 0,002 v. H. des Bruttolistenpreises je Entfernungskilometer
 - Nutzung unter 15 Tagen p.m. plus Nachweis

ü Weitere Verfahren sind anhängig!

ü Einspruch + Ruhen des Verfahrens ist angezeigt!

07.12.2010

Abfindung

- BFH: Zuflusszeitpunkt einer Abfindung kann auf einen späteren Zeitpunkt vereinbart werden
- Anwendung der Fünftel-Regelung nur bei Zusammenballung in einem Veranlagungszeitraum
- Ausnahme: Geringfügige Teilleistung in einem anderen Veranlagungszeitraum ist zulässig

07.12.2010

Lohnsteuer

- Frühstückskosten bei Hotelübernachtungen
 - Differenzierung nach arbeitgeberseitig veranlasster Mahlzeitengestellung oder vom Arbeitnehmer selbst organisiert
 - Arbeitgeberseitige Gestellung:
Ansatz mit 1,57 Euro als Sachbezug (Wert für 2010)
 - Organisation durch Arbeitnehmer:
 - Frühstück nicht ausgewiesen: pauschale Kürzung um 4,80 Euro
 - Frühstück ausgewiesen: volle Kürzung

07.12.2010

Lohnsteuer

Lohnsteuerkarte 2010 bzw. 2011

- Elektronisches Verfahren erst ab 2012
- Keine Ausgabe von Lohnsteuerkarten durch die Gemeinden ab 2011
- Lohnsteuerkarte 2010 gilt auch für 2011
- Bei Dienstbeendigung in 2011 ist die Karte 2010 auszuhändigen
- Eintragungen 2010 gelten grundsätzlich auch für 2011

07.12.2010

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. **Wichtige Änderungen und Neuerungen**
 - 2.1 Unternehmer
 - 2.2 GmbH-Gesellschafter
 - 2.3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 - 2.4 **Haus- und Grundbesitzer**
 - 2.5 Kapitalanleger
 - 2.6 Alle Steuerzahler
3. Sonstige Neuerungen
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. Ausblick

07.12.2010

Gemischte Gebäudenutzung

- „Seeling-Modell“
 - Bisher: Umfassender Vorsteuerabzug bei gemischt genutzten Gebäuden
 - Ab 2011: Vorsteuerabzug nur noch auf unternehmerisch genutzten Teil

Beispiel:

Kauf Immobilie für 1.190.000,00 Euro inklusive Umsatzsteuer

Nutzung $\frac{1}{4}$ Verwaltungsgebäude, $\frac{3}{4}$ private Wohnzwecke

07.12.2010

Gemischte Gebäudenutzung

Lösung (Gilt bis zum 31.12.2010):

- Sofortiger Vorsteuerabzug € 190.000,00
- Jährliche Privatnutzung
(190.000,00 € x $\frac{3}{4}$ / 10) € 14.250,00
- = insgesamt für zehn Jahre € 142.500,00
- Erstattung Umsatzsteuer € 47.500,00
- Rest i.H. v. 142.500,00 € gibt es als zinslosen Kredit

Ab 2011 entfällt die günstige Regelung.

07.12.2010

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

- Rückwirkende Kürzung der Förderung von Fotovoltaik-Anlagen
- Einspeisevergütung wird zusätzlich um 3 % gekürzt für Anlagen die nach dem 30.09.2010 Strom einspeisen
- Unternehmerische Tätigkeit!
- Gesamte Strommenge ist Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer

Folge: 100 % Vorsteuerabzug

07.12.2010

Verlängerte Spekulationsfrist bei Grundstücksveräußerung

- Verlängerung von zwei auf zehn Jahre teilweise verfassungswidrig
- Mögliche Fälle im Zeitpunkt der Rechtsänderung:
 - Kein Ablauf der Zweijahresfrist: Keine Verfassungswidrigkeit
 - Ablauf der Zweijahresfrist: Besteuerungsverbot der bis dahin entstandenen stillen Reserven

Beispiel:

Hauserwerb 1995

Möglicher Verkauf in 1998 = 50.000,00 € Gewinn

Veräußerung Ende 1999 = 70.000,00 € Gewinn

Lösung:

Steuerpflicht nur auf das „Mehr“ von 20.000,00 €

07.12.2010

Verfassungswidrigkeit der Grundsteuer

- BFH sieht keinen Verfassungsverstoß für Feststellungen, die bis zum 01.01.2007 veranlagt worden sind
- Kritisch zu bewerten für Stichtage nach diesem Zeitpunkt
- Mit gesetzlicher Neuregelung dürfte zu rechnen sein
 - Handlungsempfehlung: Einspruch für Grundsteuerbescheide nach dem 01.01.2007
 - Problem: noch kein Verfahren anhängig
- Bremen ist das Bundesland, das sich mit der Reform der Grundsteuer beschäftigt

07.12.2010

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. **Wichtige Änderungen und Neuerungen**
 - 2.1 Unternehmer
 - 2.2 GmbH-Gesellschafter
 - 2.3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 - 2.4 Haus- und Grundbesitzer
 - 2.5 **Kapitalanleger**
 - 2.6 Alle Steuerzahler
3. Sonstige Neuerungen
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. Ausblick

07.12.2010

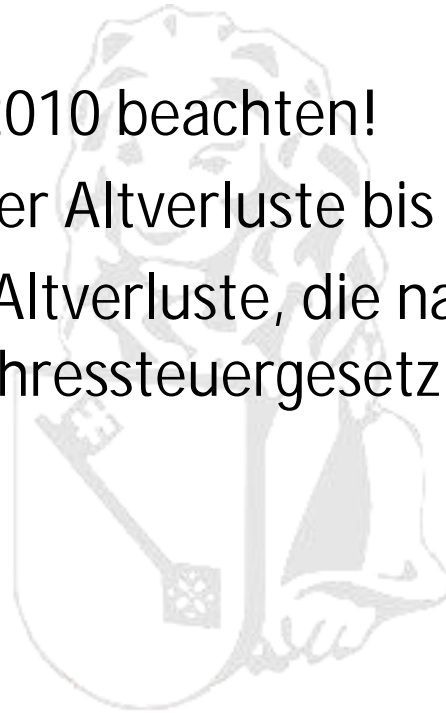
Werbungskostenabzug

- Seit 2009 mit der Einführung der Abgeltungsteuer generell Bruttobesteuerung
- Nur Sparer-Pauschbetrag von 801 € bzw. 1.602 €
- Musterprozess anhängig
- **Handlungsempfehlungen**
 - Einspruch einlegen und Ruhen des Verfahrens beantragen
 - Möglichkeit der Anwendung der Optionsregelung prüfen

07.12.2010

Verlustverrechnung bei Kapitaleinkünften

- Ausgleich im Rahmen der Veranlagung nur bei Vorlage der Bescheinigung
- Antragsfrist 15.12.2010 beachten!
- Wichtig: Nutzung der Altverluste bis 2013!
- Einschränkung der Altverluste, die nach dem 31.12.2008 entstanden sind (Jahressteuergesetz 2010)



07.12.2010

Zinserträge von Gesellschaftern und nahen Angehörigen

- Pflichtveranlagung zum individuellen Steuersatz; keine Anwendung der Abgeltungsteuer
- Vermeidung von „Missbrauch“ der steuerlichen Regelungen
- Häufiger Anwendungsfall:
 - Zinserträge von Gesellschaftern
 - Zinsen aus Darlehen zwischen nahen Angehörigen
aber: Ausnahmetatbestand wurde eingefügt

Angabe der Kapitaleinkünfte in der Einkommensteuererklärung

- Das Gesetz sieht eine Günstigerprüfung vor
- Sollte der individuelle Steuersatz unter 25 v.H. liegen, wird der durch die Festsetzung der Abgeltungsteuer zuviel gezahlte Betrag zurückerstattet
- In die Steuerbelastung wird die Einkommensteuer und der Solidaritätszuschlag einbezogen
- Möchte ich in den Genuss dieser Vergünstigungsregelung kommen, müssen in der Einkommensteuererklärung auch die Kapitaleinkünfte erklärt werden

07.12.2010

Agenda

1. Überblick über die „Gesetzespakete“
2. **Wichtige Änderungen und Neuerungen**
 - 2.1 Unternehmer
 - 2.2 GmbH-Gesellschafter
 - 2.3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 - 2.4 Haus- und Grundbesitzer
 - 2.5 Kapitalanleger
 - 2.6 **Alle Steuerzahler**
3. Sonstige Neuerungen
 - 3.1 Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - 3.2 Haushaltsbegleitgesetz 2011
4. Ausblick

07.12.2010

Gesetz plant Verschärfungen bei der Selbstanzeige

- BGH Beschluss vom 20.05.2010 ist der Auslöser der Überlegung
- Mit der Selbstanzeige muss „ein reiner Tisch“ gemacht werden
- Teilselbstanzeigen sind künftig nicht mehr zulässig
 - Änderung § 371 AO
 - Keine strafbefreiende Selbstanzeige zukünftig mehr möglich
- Nach wie vor soll die „gestufte Selbstanzeige“ möglich bleiben
 - Zunächst Abgabe einer Meldung einer Selbstanzeige dem Grunde nach
 - Ankündigung, dass die Belege und konkreten Angaben nachgereicht werden

07.12.2010

Weitere Änderungen

Kindergeld

- Erwerbstätigkeit des noch nicht volljährigen Kindes schließt Kindergeld nicht aus
- Reduzierung der Einkünfte des volljährigen Kindes unter den Grenzbetrag von € 8.004,00 durch
 - Geltendmachung der wiedereingeführten Entfernungspauschale beim Kind

Zinsen aus Steuererstattungen

- Nach BFH-Ansicht keine Steuerpflicht
- Gesetzesänderung durch das JStG 2010
- Anwendung auf alle noch offenen Fälle

07.12.2010

Weitere Änderungen

Erbschaftsteuer

- Eingetragene Lebensgemeinschaften
 - Ungleichbehandlung bei der Erbschaftsteuer verfassungswidrig
- Es liegen verschiedene Verfassungsbeschwerden beim BVerfG in Sachen des neuen Erbschaftsteuerrecht (seit dem 01.01.2009) vor
 - Einspruch mit Hinweis auf die Verfahren einlegen

Kranken-/Pflegeversicherungsbeiträge

- Abflussprinzip wird eingeschränkt
- Möglicher abzugsfähiger Höchstbetrag wird auf das 2,5fache der für den aktuellen Veranlagungszeitraum gezahlten Beträge beschränkt

07.12.2010

Beteiligung an ausländischen Gesellschaften

- Einführung von Anzeigepflichten
 - Die Gründung und den Erwerb von Betrieben und Betriebsstätten im Ausland
 - Die Beteiligung an ausländischen Personengesellschaften, der Aufgabe oder Änderung
 - Den Erwerb von Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft im Ausland, wenn damit unmittelbar eine Beteiligung von mindestens 10 % oder mittelbar eine Beteiligung von mindestens 25 % am Kapital oder am Vermögen der Gesellschaft erreicht wird, oder wenn die Summe aller Anschaffungskosten aller Beteiligung mehr als 150.000,00 € beträgt.

07.12.2010